



Smart Meter

Themenpapiere der Fraktion

Ende August 2016 wurde das Gesetz zur Digitalisierung der Energiewende verabschiedet. Dadurch sollen verpflichtend intelligente Messsysteme, sogenannte Smart Meter, bis 2035 eingeführt werden. Zunächst in großen Betrieben, doch nach und nach auch in privaten Haushalten. Der Grund ist eine angebliche Netzstabilisierung und eine effektivere Nutzung des Stroms. Netzbetreiber geben jedoch an, dass erst ab 20.000 kWh/Jahr Stromverbrauch im Jahr diese Geräte für die Netzstabilisierung notwendig sind, da die Nutzung der privaten Haushalte leicht berechenbar ist. Eine vierköpfige Familie verbraucht circa 4.200 kWh/Jahr, also deutlich weniger. Die Bundesregierung spricht bei den Stromzählern von ‚sicheren‘ Geräten und einem hohen Datenschutz. DIE LINKE hat große Zweifel, ob diese Geräte wirklich sicher sein können. Wir fragen uns, welche Vor- und Nachteile diese Stromzähler eigentlich bringen.

Vor- und Nachteile von Smart Metern

Smart Meter gelten als zukunftsfähige Messgeräte. Sie sollen künftig das Smart Home (intelligent vernetzter Privathaushalt) mit anderen Technologien verbinden. DIE LINKE kritisiert, dass bereits

vorhandene Technologien nicht unbedingt damit kompatibel sind. Zudem erfassen Smart Meter rund um die Uhr, wann und wie viel Strom in einem Haushalt verbraucht wird und übermitteln dies sofort an die Netzbetreiber. Damit lassen sich auch hochsensible Daten übertragen, z.B. wann wird der PC eingeschaltet, Kaffee gekocht oder der Kühlschrank geöffnet. Dabei müssen die Verbraucher*innen nicht nur die Installation der Geräte zahlen, sondern zusätzlich eine jährliche Grundgebühr. Mit der angeblichen Stromeinsparung können diese Kosten nicht gedeckt werden. Smart Meter verschaffen hingegen den Produzenten der Geräte einen staatlich garantierten Millionengewinn.

Die neuen Zähler zeigen den momentanen Verbrauch an, auf Anfrage kann der Verbrauch vom vorgestrigen Tag innerhalb von 24 Stunden beim Netzbetreiber erfragt werden. Diese Daten sollen dazu führen, dass weniger Strom verbraucht wird, doch wir LINKE halten diese Idee für realitätsfremd. Denn die heutigen Haushaltsgeräte sind so stromsparend, dass kaum mit weiteren Einsparungen zu rechnen ist. Wenige Geräte können zum Benutzen auf eine andere Uhrzeit gelegt werden, so dass auch der Kostennutzen für preiswerteren Strom gering ist. Zudem können aus Datenschutzgründen die Verbrauchsdaten nicht direkt auf den PC oder das Smartphone geleitet werden, wo Verbraucher*innen eventuell direkt etwas mit anfangen könnte.

Bei Kund*innen, die selbst Strom einspeisen, zum Beispiel durch Photovoltaikanlagen, kann eine genauere Messung sinnvoll sein. Dies ist jedoch bereits jetzt über das Erneuerbare Energien Gesetz geregelt.

Sichere Datenübertragung?

Die angeblich sicheren Geräte transportieren hochsensible Daten, die dazu einladen, mit ihnen

legalen und illegalen Datenexport zu betreiben. Es gibt genügend Geschäftsmodelle für den Verkauf illegaler Daten, die gerade an diesen sehr speziellen Stromverbrauchsdaten großes Interesse haben. Zum Beispiel könnten Lebensversicherungen an diesen Daten interessiert sein. Ein Szenario ist vorstellbar, dass ein individuelles Verbrauchsverhalten auf eine ungesunde Lebensführung und Gesundheitsrisiken schließen lässt, die den Lebensversicherer veranlassen, die Beiträge zu erhöhen. Inzwischen haben viele Hackerangriffe, auch auf das vermeintlich geschützte Intranet des Bundestages, gezeigt, dass kein System genügend geschützt sein kann. Was es für Folgen haben kann, wenn Millionen intelligente Stromzähler gleichzeitig ausfallen – sei es durch einen Hackerangriff oder durch einen Softwarefehler – kann im Roman „Black Out – Morgen ist es zu spät“ von Marc Elsberg nachgelesen werden. Der Thriller beruht auf einem Bericht des Büros für Technikfolgenabschätzung beim Deutschen Bundestag und spielt somit mit realen Möglichkeiten.

Des Weiteren ist nicht geklärt, wie die Smart Meter die Daten übertragen sollen. Dabei gibt es drei Möglichkeiten. Erstens eine neue Funkstation in der Wohnung. Als zweite Variante können die Signale dem Stromnetz aufmoduliert werden oder es kann die private Übertragungsrate des Internets genutzt werden. Die dritte Wahl ist keine Alternative, aber die anderen beiden sorgen für zusätzliche Belastung durch elektromagnetische Wellen. Gesund ist das nicht.

Zusätzlich zu den bereits genannten Problemen wird die Datenherrschaft und damit die

Stromabrechnung den großen privaten Netzbetreibern zugeschoben und die kommunalen Stadtwerke verlieren eine wichtige Einnahmequelle.

Das kleinere Übel - das Swiss Meter

In der Schweiz wurde mit dem Swiss Meter eine technische Lösung vorgeschlagen, die den Verbrauch innerhalb von Haushalten so regelt, dass je nach Stromtarif mehr oder weniger Strom verbraucht wird. Haushaltsgeräte werden dann automatisch eingeschaltet, wenn der Strompreis am niedrigsten ist. Das ist tatsächlich effizient und braucht keine Verbrauchsdaten der Stromkund*innen, da Netzbetreiber die Informationen an den Stromzähler senden und nicht umgekehrt. Die LINKE unterstützt dieses System.

Im Bundestag ist Ralph Lenkert mit einer Rede entschieden gegen das Gesetz eingetreten.